



BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 10.12.2012

Kooperation von Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung wünscht sich eine engere Kooperation mit der Privatwirtschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Die MIT ist der Auffassung, dass in der Entwicklungspolitik die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gleichberechtigt neben die Kooperation staatlicher Akteure rückt. Um dieses zu erreichen sollte die Verzahnung von Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik ein Schwerpunkt beider Politikbereiche sein.

Die MIT regt an, den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik in der Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren und auf ein breiteres Fundament zu stellen. Der deutsche Mittelstand ist bereit an der Entwicklung neuer Konzepte und Programme sowie von Regional- und Länderstrategien mitzuwirken. Nur über das frühzeitige Involvierem der Wirtschaft kann gewährleistet werden, dass die zur Verfügung gestellten Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit auch tatsächlich nachgefragt werden. Gleichzeitig ist unbedingt zu berücksichtigen, dass sich das Engagement des Mittelstandes in Entwicklungs-, Schwellen und Transformationsländern nicht an Länderlisten und von

Regierungen bestimmten Schwerpunktsektoren orientiert, sondern an den Marktchancen für seine Produkte und Dienstleistungen.

Die von der MIT im Juli 2010 verabschiedeten Grundsätze zur verstärkten Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung sind unverändert gültig.

Begrüßt wird die zwischenzeitliche Einrichtung der Programme „Machbarkeitsstudien“ sowie „Transaktionskostenzuschuss“, die die DEG in die Lage versetzen auch kleinvolumige, wirtschaftlich und entwicklungspolitisch sinnvolle Investitionsvorhaben mit Finanzierungen unter 5 Mio. EUR zu begleiten.

Aktueller Klärungsbedarf und Forderungen:

1. Im Grundsatz ist zu klären, welche Voraussetzungen in den einzelnen Ländern gegeben sein müssen, um die Privatwirtschaft einbinden zu können – sowohl die lokale als auch die deutsche Privatwirtschaft.

Alle Ministerien, insbesondere das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWV), sind gefragt, die entsprechenden Strukturen zu schaffen, damit die Privatwirtschaft schon frühzeitig bei der Erarbeitung der jeweiligen Länderstrategien beteiligt wird. Die Privatwirtschaft muss als Träger und Motor von Entwicklung sowie Ideengeber und Innovator gefördert und gefordert werden und nicht erst im zweiten Schritt nach Festlegung der Schwerpunkte als Instrument zur Durchführung eingebunden werden.

Die MIT sieht hier auch eine Bringschuld der Wirtschaft und fordert daher die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft auf, ihre Stimmen zu verbinden und eine einheitliche Interessenvertretung zu etablieren, z.B. durch eine Wiederbelebung der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer (AGE) als aktivem Gremium der Wirtschaft.

Nur durch einen aktiven Dialog können eine kohärente Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung etabliert werden.

a) Unterscheidung der Zuständigkeiten bezüglich Außenwirtschaftsförderung, Wirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit sowie der fachlichen Zuständigkeit auf Ebene der einzelnen Ministerien

Im Rahmen der Diskussion um die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollten auch die Randthemen der Außenwirtschaftsförderung berücksichtigt werden, z.B. die Möglichkeit, Risiken im Auslandsgeschäft abzusichern (einschließlich Hermes aber auch traditionellen Versicherungen etc.).

b) Förderangebote der Öffentlichen Hand auf Bund-, Länder- und EU-Ebene erweitern

Eine Übersicht für Bund und Länder ist weitgehend über die Förderdatenbank gegeben (www.foerderdatenbank.de). Allerdings ist diese Zusammenstellung die einzelnen Länderprogramme nur unzureichend ab und ist auch kein Ersatz für eine Beratung, beispielsweise durch einen zentralen Förderberater (siehe 4.). In Anlehnung an IXPOS könnte eine derartige Datenbank zentral bei der GTAI geführt werden.

2. Aktivitäten der einzelnen Organisationen und Institutionen koordinieren

Eine Abstimmung der Programme und Veranstaltungen im Bereich Außenwirtschaftsförderung im weiteren Sinne ist erforderlich, insbesondere im Sinne einer längerfristigen Termin- und Themenplanung, beispielsweise über regelmäßige Steuerungsrounds oder einen Emailverteiler, über den Veranstaltungen bereits im Planungsstadium angekündigt werden. Denn alle Institutionen und Organisationen der Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit unterstützen die deutsche Wirtschaft mit öffentlichen Mitteln. Deshalb sollte das Angebot verstärkt aus einem Guss und gut koordiniert geplant und umgesetzt werden.

Die beim BMZ eingerichtete **Servicestelle für die Wirtschaft**, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, doch auch einzelne Programme – wie z.B. developp.de – sollten auf eine Organisation im Sinne eines One-Stop-Shops konzentriert werden. Die Aufteilung der Programmdurchführung und die Unterschiede in der Umsetzung sind z.T. nicht nachvollziehbar und irritierend. Eine höhere Transparenz und Sichtbarkeit der einzelnen Akteure, Programme und Initiativen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit soweit sie über die Außenwirtschaftsförderung im engeren Sinne für die Wirtschaft relevant ist, ist erforderlich. Nur so kann ein optimaler Einsatz und eine ausgeglichene Nutzung der angebotenen Instrumente sowie eine Vermeidung von Redundanzen in Arbeit und Mittelanforderung verlässlich vermieden werden. Darüber hinaus sollten die **Leistungen der gtai** für

die Wirtschaft ausgebaut werden, um das vielfältige Know-How aus diesem Netzwerk pragmatisch nutzbar zu machen.

In diesem Kontext ist nicht nur die **Einrichtung einer zentralen Förderberatungsstelle** außerhalb eines einzelnen Ministeriums, als Anlaufstelle für die Wirtschaft wünschenswert, sondern auch die Konzentration der Förderprogramme auf möglichst wenige, im Idealfall eine, Institution.

Die MIT schlägt vor, die Sequa, die ohnehin wesentlich von der verfassten Wirtschaft eingerichtet wurde, als selbstorganisierte Einheit der wirtschaftlich orientierten Entwicklungszusammenarbeit aufzustellen und ihr diese Aufgabe zu übertragen und zur alleinigen Partnerinstitution für die Wirtschaft im Bereich der technischen und personellen Zusammenarbeit zu machen.

Im Rahmen dieser Umstrukturierung sollte:

- die Sequa zur alleinigen Trägerin des develoPPP-Programmes werden und
- der SES und CIM bei der Sequa angesiedelt werden,
- sollten die von der öffentlichen Hand getragenen Anteile der Sequa auf die DEG übertragen werden,
- und DEG und Sequa gemeinsam und in Zusammenarbeit mit den AHKs eine größere Außenstruktur aufbauen.

So könnten privaten deutschen, europäischen und lokalen Unternehmen aus einer Hand finanzielle, technische und personelle Dienstleistungen angeboten werden.

3. **Ausbau der Präsenz der verfassten deutschen Wirtschaft** durch zusätzliche Delegiertenbüros der deutschen Wirtschaft bzw. Auslandshandelskammern. In diesem Kontext könnte auch geprüft werden, ob und wie sich die Länderbüros von GIZ und KfW oder CIM-Fachkräfte, die aktuell bei AHKn und lokalen Verbänden und Kammern angesiedelt werden, dafür nutzen lassen.
4. **Stärkung der deutschen Botschaften in ihrer Wirtschaftskompetenz** durch den Ausbau der Wirtschaftsabteilungen. Hier ist eine Verstärkung von Kapazitäten und Kompetenzen wünschenswert.
5. Bezüglich des **develoPPP.de-Programms** ist ersichtlich, dass die Wirtschaft bereit ist, ein Mehr auch außerhalb des Kerngeschäfts zu leisten. Dennoch muss grundsätzlich klar sein, dass unternehmerische Aktivitäten nur dann nachhaltig sein können, wenn sie auch tatsächlich in das Unternehmenskonzept und die

lokale Strategie eingebunden werden. Einzelmaßnahmen, die sich nicht in den Arbeitsalltag einfügen, können nur in seltenen Fällen wirklich von Dauer sein.

Im Bereich der Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (EPW) sollte in Ergänzung zu den Ideenwettbewerben die Wiederaufnahme des Beratungsmodells diskutiert werden. Die bei der Wirtschaft gesuchte Kompetenz liegt in der unternehmerischen Konzeption und Durchführung, im praktischen Know-How und nicht in der Erstellung von Antragsunterlagen. Unseres Erachtens gibt es eine ausreichende Anzahl von Unternehmern, die sich im Rahmen der EPWs einbringen könnten und würden, sobald man sie aktiv einbindet, sprich berät und begleitet. Das wiederum ist eine der Kernkompetenzen der Wirtschaftsverbände sowie der Durchführungsorganisationen. Eine Wiederbelebung dieser Arbeitsteilung ist daher wünschenswert.

6. Ausbildung von Fachkräften

Der DIHK und andere Wirtschaftsverbände arbeiten zusammen mit anderen Organisationen der internationalen Zusammenarbeit – wie der GIZ – am Aufbau von Berufsbildungskonzepten, die ins Ausland transferiert werden können. Die MIT unterstützt ein angepasstes duales Ausbildungssystem in Trägerschaft der Wirtschaft. In Verbindung mit bestehenden – adaptionsfähigen – Programmen der Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft im Bereich von developp.de sowie den neu eingerichteten Berufsbildungspartnerschaften in Kooperation mit Kammern und/oder Verbänden in diesem Bereich, kann eine wirkungsvolle Unterstützung deutscher Unternehmer im Ausland, kombiniert mit echtem entwicklungspolitischen Mehrwert, geschaffen werden. Im Rahmen dieser Initiative kann die Beschäftigungsfähigkeit in den Partnerländern durch praxis- und bedarfsorientierte Aus- und Weiterbildung verbessert werden. Gleichzeitig wird der Bedarf der Unternehmen nach qualifizierten Arbeitskräften bedient.

Gerade in diesem Bereich ist die Abstimmung mit der Wirtschaft essentiell. Exemplarisch seien hier die Ausbildungs- und Praktikantenprogramme genannt: Aktuell ist es oft schwierig, Praktikanten z.B. aus Afrika in Unternehmen zu vermitteln. Hier sind die zwei Seiten der Medaille deutlich sichtbar: einerseits gibt es bestimmte Aus- und Fortbildungsbedürfnisse in Afrika, um die Entwicklung vor Ort zu befördern. Andererseits haben aber auch die deutschen Unternehmen

Anforderungen an Praktikanten, damit der Einsatz im Betrieb wirklich Sinn machen kann.